

NEUES UNABHÄNGIGKEITSREFERENDUM IN SCHOTTLAND ANGEKÜNDIGT

Nicola Sturgeon, die Erste Ministerin Schottlands, hat angekündigt, in naher Zukunft ein zweites Unabhängigkeitsreferendum von Großbritannien durchzuführen. Das erste Referendum fand vor dem Brexit-Votum statt, allerdings haben alle schottischen Regionen für den Verbleib in der EU gestimmt und somit habe sich die Gemengelage maßgeblich geändert. Politiker der Scottish National Party argumentierten, dass für Schottland die emotionale und wirtschaftliche Verbindung zur EU wesentlich sei für eine positive Entwicklung. Premierministerin Theresa May kritisierte die Entscheidung – sie würde große wirtschaftliche und politische Unsicherheiten bergen.

KOMMENTAR

»WAS IST MIT ERDOGAN PASSIERT?«

Von Heino Wiese

Noch vor fünf Jahren war Erdogan ein Reformator und konstruktiver Gesprächspartner. Er hatte der Türkei Wohlstand gebracht, die Macht der alten kemalistischen Eliten und des Militärs eingeschränkt, das Verhältnis zu Armenien konsolidiert, Nordzypern für einen Beitritt in die EU fit gemacht und das Verhältnis zu den Kurden verbessert. Ich war der Meinung, dass einem Beitritt der Türkei zur EU nur die Bedenken von engstirnigen Unionspolitikern entgegenstanden. Doch was ist seitdem alles passiert? Er hat aus dem einst freundschaftlichen Verhältnis zu Assad eine Feindschaft werden lassen, sein ehemals gutes Verhältnis zu Israel wurde getrübt, die Unterdrückungspolitik gegenüber den Kurden wieder aufgenommen und sogar verstärkt. Er hat nach dem Abschuss eines russischen Militärflugzeugs einen vollkommen unnötigen Konflikt mit Russland riskiert und beschimpft neuerdings seine alten europäischen Freunde als Nazis. Im Inland wurden die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt, Richter, Parlamentsabgeordnete und Journalisten verhaftet und nach dem vermutlich von Erdogan selbst initiierten Militärputsch wurde die Gülen-Bewegung (die lange mit der AKP verbündet war) unter Generalverdacht für alles Böse in der Türkei gestellt und weltweit verfolgt. Erdogans ehemals besten politischen Verbündeten - der populäre ehemalige Präsident Gül, sein langjähriger Stellvertreter und als Seele der AKP bekannte Ali Babacan sowie der weltoffene Ministerpräsident Davutoglu - wurden nacheinander aus ihren einflussreichen Positionen entfernt. Erdogan hat sich inzwischen entlarvt und nachdem er alle Gegner als Nazis denunziert, muss man sich fragen, ob er nicht etwas mit Stalin gemeinsam hat. Diese rasante Wandlung des Mannes ist mir unerklärlich. Die einzige Erklärung, die ich finde, hängt mit seiner Krebserkrankung zusammen, die ihm wohl immer wieder verdeutlicht, dass sein Leben endlich ist und er in panische Angst versetzt wurde, dass er sein Lebenswerk nicht vollenden kann.

BUNTES AUS BERLIN

"MISFITS": BLÄTTER AUS DER GESCHICHTE DER MODERNE

Das Haus der Kulturen der Welt präsentiert die Ausstellung "Misfits - Blätter aus der Geschichte der Moderne".

Es handelt sich um die erste Ausstellung, mit der die neue Ausstellungshalle 2 am 20.4.2017 um 19 Uhr eröffnet wird, und ist drei Vertretern der späten Moderne bzw. proto-Gegenwartskunst aus dem südostasiatischen Raum gewidmet: Tang Chang, Rox Lee und Bagyi Aung Soe. Ihre Cœuvres befinden sich heute an der Schwelle zur kunsthistorischen Kanonisierung. Dabei stehen sie für transnationale Tendenzen zu einer Zeit vor der Globalisierung der Kunst durch den Kunstmarkt.

Gugl-Hupf 

NETZWERKDURCHSETZUNGSGESETZ: LOB UND KRITIK AN HEIKO MAAS

Das von dem Justizminister Heiko Maas vorgestellte Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das zum Ziel hat, gegen Hate Speech und Fake News und sozialen Medien effektiv vorzugehen, erntete von Verbänden und Experten sowohl Kritik, als auch Lob. Branchenverbände und NGOs befürchten, dass es wegen des neuen Gesetzes zu einer "Löschorgie" kommen könnte, was auch die Presse- und Meinungsfreiheit einschränken würde. Andererseits sei die Benennung eines rechtlichen Ansprechpartners in diesem Kontext begrüßenswert.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

EU-NEUSTART FÜR DEN KAMPF GEGEN RECHTE IDEOLOGIEEN



Foto: Anke Illing www.photocultur.de

Von Katja Kipping MdB, Parteivorsitzende Die Linke

Der Kampf gegen rechte Ideologien und Gewalt kann nur gewonnen werden, wenn die EU einen europäischen Neuanfang wagt. Hierfür braucht es einen klaren Bruch mit der bestehenden Politik, die auf Kapitalfreiheit und Sozialabbau setzt und Demokratie und Freiheitsrechte als nationale Accessoires missachtet. Wer über Menschenrechte und Demokratie spricht, der darf über Abschottung und Aufrüstung nicht schweigen. Ungarn muss das Stimmrecht in der EU entzogen werden, so lange dort Menschen in Internierungslagern ihrer Rechte und Freiheit beraubt werden.

Die EU darf nicht weiter untätig zuschauen, wie sich ein Mitgliedstaat immer weiter von Menschlichkeit, Recht und jeglichen zivilisatorischen Grundwerten verabschiedet. Wer wegschaut, der

macht mit.

Der Gründungsgedanke einer europäischen Staatengemeinschaft war, dass Europas Länder nie wieder Krieg gegeneinander führen sollen und alle Menschen nach den Werten der Menschlichkeit und der Demokratie in Freiheit, Wohlstand und Frieden leben können.

Sechzig Jahre später hat das Projekt der Europäischen Union seine Strahlkraft verloren. Die herrschende Politik befeuert soziale Spaltungen und wirtschaftliche Ungleichheit. Mich beunruhigt, wie ideenlos und kalt die EU-Regierungen das europäische Projekt steuern. Statt Frieden, Wohlstand und Demokratie geht es nur noch um Abschottung, Aufrüstung und Abschiebungen. Die Menschenrechte werden an Staaten ausgelagert, die selber Menschenrechtsverbrechen begehen. Statt Europa zum Zentrum der Kreativität, Weltoffenheit und der Freiheit zu machen, herrscht unter den EU-Regierungen Ideenlosigkeit und Frust. Wer Frieden und Freiheit zu seinem Claim macht, der darf nicht durch EU-Armee und Stacheldraht, durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Sozialabbau einen Kontinent der Spaltung und Ausgrenzung schaffen. Diese EU braucht einen Neustart. Sozial, ökologisch, demokratisch, friedlich. Alles andere ist keine europäische Staatengemeinschaft, sondern institutionalisierter Finanz- und Wirtschaftslobbyismus, in dem Freiheit, Demokratie und soziale Grundlagen auf der Strecke bleiben.

TRUMPS ZWEITES EINREISEVERBOT GESTOPPT

Weniger als zwei Monate ist Donald Trump amtierender Präsident der USA, muss jedoch bereits mit der nächsten Schlappe im Bereich der Einwanderungspolitik umgehen. Der Grund: der zweite, moderatere Einreisestopp für Menschen aus sechs vornehmlich muslimischen Ländern wurde vom US-Bundesgericht in Hawaii gestoppt. Dieser sollte nach einer Ankündigungszeit von zehn Tagen ab dem 16. März in Kraft treten, jedoch betonten die Kläger, dass

der Erlass zum einen wirtschaftsschädigend sei, zum anderen handle es sich erneut, um eine diskriminierende Maßnahme gegen Menschen einer bestimmten Religionszugehörigkeit. Das Gebot der Neutralität sei damit nicht mehr gewahrt.

Trump reagierte erobert und sprach bei einem Auftritt vor seinen Anhängern darüber, sich durch alle Instanzen klagen zu wollen und zurück zur ersten Fassung des umstrittenen Dekrets zurückzukehren.

SEEHOFER TRIFFT PUTIN

Der russische Präsident Wladimir Putin stehe vollkommen hinter dem Minsker Abkommen, das auf eine Deeskalation in den ukrainischen Krisengebieten abzielt, sagte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer bei der Pressekonferenz in Moskau nach dem gemeinsamen Treffen. Der bayerische Politiker zeigte sich den fragenden Journalisten wortkarg – er habe nicht vergessen, wie er im vergangenen Jahr medial gescholten wurde, nachdem er Wladimir Putin als „nobel“ bezeichnete. Daraufhin äußerte sich Seehofer zögerlich

darüber, dass in dem Gespräch mit russischen Staatsoberhaupt deutlich geworden sei, dass die Schwierigkeiten und Herausforderungen in den Gebieten der Ostukraine schwer lösbar seien, „das Fenster [zur Konfliktlösung] ist kleiner geworden“, soll Putin gesagt haben.

Seehofer sprach bei seinem Besuch jedoch nicht nur über die instabile Lage in der Ostukraine, sondern betonte die wirtschaftliche Komponente – Russland sei trotz der Sanktionen weiterhin ein wichtiger Handelspartner für Bayern.

GUTE AUSSICHTEN FÜR DEUTSCHLAND

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert gute Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft: in den kommenden zwei Jahren werden den Kalkulationen der Forscher nach 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, für das laufende Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent prognostiziert. Auch das vergangene Jahr sei besser gelaufen, als zunächst vermutet. Fälschlicherweise hatte die Bundesagentur für Arbeit gemeldet, dass 50.000 neue Jobs entstanden seien, tatsächlich waren es 300.000.

DIW-Präsident Marcel Fratzscher sieht Handlungsbedarf bei den Investitionen: die Haushaltsüberschüsse der Kommunen sollten strategisch für die Modernisierung

der Produktionsstätten von Unternehmen sowie für die Digitalisierung eingesetzt werden, damit Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern kann, so der Wirtschaftsexperte.

Ein Hauptpfeiler des Wachstums ist der Konsum – die Kaufkraft der deutschen stützt die Märkte, jedoch betont Fratzscher, dass die Gehälter schneller anziehen könnten, um die gute Prognose langfristig zu halten.

Als Risiken für die Positivszenarien zeigt das DIW die Wahl in Frankreich sowie den Staatshaushalt in Italien auf – sollte Marine Le Pen gewinnen, droht der europäische Binnenmarkt langfristig ins Straucheln zu geraten.

LUFTHANSA: TURBULENZEN TROTZ REKORDGEWINN

Lufthansa-Chef Carsten Spohr hat es geschafft, Lufthansa zum Rekordgewinn zu führen – 2016 gewann die Airline 1,8 Milliarden Euro, das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Der Umsatz hingegen ging leicht zurück.

Trotz Terrorangst und Pilotenstreiks ist das Geschäftsjahr erfolgreich verlaufen, für 2017 sind die Prognosen jedoch zurückhaltender. Die Lufthansa rechnet mit einem

geringeren Gewinn – Grund dafür sind die steigenden Kerosinpreise sowie massiver Preisdruck durch Billig-Airlines wie Ryanair. Das irische Unternehmen hat Lufthansa als größte europäische Fluglinie verdrängt und sein Angebot in den letzten Jahren verstärkt auch in Deutschland ausgebaut, womit vor allem innereuropäische Flüge für die Verbraucher erschwinglicher geworden sind.

SCHÄUBLE: TREFFEN MIT US-FINANZMINISTER MNUCHIN

Beim Besuch des US-Finanzministers Steve Mnuchin in Berlin, relativierte dieser die Aussagen Donald Trumps in Bezug auf die deutsche Wirtschaft, die vermeintlich mit unfairen Mitteln zu einem hohen Überschuss komme.

Mnuchin ruderte auch beim Thema Strafzölle und Protektionismus zurück – man wolle keinen Handelskrieg provozieren und der Präsident glaube an grenzenlosen Handel. Trump hatte BMW zuvor angedroht, 35%-ige Strafzölle zu verhängen, sollte der Autobauer ein Werk in Mexiko eröffnen und von dort aus Fahrzeuge in die USA importieren. Der US-Finanzminister merkte an, dass die Regierung ein Wachstum von drei

Prozent für die USA zum Ziel hätte.

In Bezug auf das Handelsungleichgewicht, das von der Trump-Administration angeprangert wurde, verwies Schäuble auf die Situation in der Europäischen Union sowie auf die Geld- und Währungspolitik der Europäischen Zentralbank. Ferner kritisierte Schäuble, dass die bisherigen Lösungsvorschläge zum Abbau des Handelsüberschusses ungenügend seien.

Schäuble bewertete das Gespräch insgesamt als offen und konstruktiv, Mnuchin hob hervor, dass der Besuch in Berlin sein erster Auslandsauftritt als Finanzminister sei – ein Zeichen für die Wichtigkeit der bilateralen Beziehungen beider Länder.

PERSONALIEN

BESTE LEITET PLANUNGSSTAB IM AUSWÄRTIGEN AMT

Ralf Beste (50) ist neuer Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt unter Bundesminister Sigmar Gabriel (SPD). Er folgt auf Thomas Bagger, der Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Leiter Außenpolitik ins Bundespräsidialamt folgt. Beste ist seit 2014 für das Auswärtige Amt tätig, zuletzt als Beauftragter für Strategische Kommunikation. Seine neue Position hat er seit dem 30. Januar inne.

HOLSBOER WIRD VORSTANDSMITGLIED DER BA

Valerie Holsboer (Jg. 1977) ist vom 1. April an Mitglied im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA). Sie rückt für Detlef Scheele in den Vorstand auf, der zum 1. April Vorstandsvorsitzender wird. Bislang ist Holsboer Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Systemgastronomie. Dort übernimmt Andrea Belegante als Interimsmangerin ihre Aufgaben.

GERRESSEN KOMMUNIZIERT FÜR DIE SPD-FRAKTION THÜRINGEN

Stefanie Gerressen (33) ist seit dem 1. März stellvertretende Pressesprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag in Erfurt. Die Position wurde neu geschaffen. Zuvor war Gerressen Landeskorrespondentin Thüringen für das Nachrichtenradio des Mitteldeutschen Rundfunks. Sie berichtet an den Thüringer SPD-Fraktionsvorstand um den Vorsitzenden Matthias Hey.

BUCHVORSTELLUNG DER ARGENTINISCHEN BOTSCHAFT

Buchvorstellung der argentinischen Botschaft zu Karla Johan Lorenzos „The Book of Yerba Mate“, unter anderem mit der Autorin und Mate-Sommelier Karla Johan Argentinische Botschaft, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin. Die Veranstaltung beginnt um 18:30 Uhr, eine Anmeldung ist erforderlich.

WORTE DER WOCHE

»Die Geschichte der US-Wirtschaft zeigt, dass Handelsdefizite nicht neu sind – und dass sie kein verlässlicher Richtwert für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind.«

Bernhard Mattes, Präsident der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland.

»Wir müssen deutlich machen, dass Abschottung keine Lösung ist. Keine Mauer kann hoch genug sein, um auf Dauer vor globalen Problemen zu schützen.«

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz spricht sich für eine offene Politik aus.

»Die SPD hat seit 1949 noch nie eine Wahl gewonnen, indem sie den Schwerpunkt bei der Umverteilung gesetzt hat.«

Manfred Güllner vom Meinungsforschungsinstitut Forsa.

»Wir stellen das Flüchtlingsabkommen auf den Prüfstand.«

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavasoglu droht mit Aufkündigung des Flüchtlings-Deals.

»Ich bin mir sicher, das wird sich in Frankreich wiederholen.«

Außenminister Sigmar Gabriel sieht in der niederländischen Wahl eine Trendwende.

»Regieren ist eben etwas anderes, als von der Couch zu twittern.«

Der wiedergewählte Premierminister der Niederlande, Mark Rutte.

»Ein Unternehmen wie Volkswagen verändert man allerdings nicht, indem man sich mit dem Megafon ans Werkstor stellt und den großen Wandel proklamiert.«

Matthias Müller, Vorstandsvorsitzender Volkswagen.

»Besonders interessant und unerwartet ist, dass die bayerischen Einfuhren nach Russland um vier Prozent gestiegen sind, während der Export aus anderen Bundesländern im Durchschnitt um 4,8 Prozent eingebrochen ist.«

Der russische Präsident Wladimir Putin kommentiert bei Horst Seehofers Besuch in Moskau das wirtschaftliche Verhältnis zu Bayern.

»Die Tage des britischen Empire sind vorbei. [...] Die Regierung in Westminster wird uns kein Diktat auferlegen können, wann wir zu wählen haben. Theresa May wird den Termin wie damals David Cameron auch akzeptieren müssen.«

Die Erste Ministerin Schottlands, Nicola Sturgeon bekräftigt die Entscheidung für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum.

»In diesem Präsidentschaftswahlkampf fliegen die Kugeln tief.«

Der französische Präsidentschaftskandidat Francois fillon.

TERMINE

20.3. GLOBALE ENERGIEWENDEKONFERENZ ZUR DEUTSCHEN G20-PRÄSIDENTSCHAFT

Konferenz der Bundesregierung und des Bundesverbands Erneuerbare Energie zum Thema „Berlin Energy Transition Dialogue 2016 – towards a global Energiewende“, u.a. mit dem kuwaitischen Außenminister Scheich Sabah Al-Khalid Al-Sabah, dem Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur Fatih Birol und dem Vorsitzenden der National Energy Administration China Nur Bekri Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117

21.3. OPEN SCIENCE CONFERENCE DES LEIBNIZ-FORSCHUNGSVERBUNDS SCIENCE 2.0

Konferenz des Leibniz-Forschungsverbands Science 2.0 und des Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft zum Thema „Open Educational Resources“, u.a. mit dem Leiter der Abteilung Data, Open Access and Foresight der EU-Generaldirektion Forschung und Innovation Dr. Jean-Claude Burgelman, dem Vorsitzenden der High Level Expert Group on the European Open Science Cloud Prof. Barend Mons und dem Direktor der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften Prof. Klaus Tochtermann Hotel NH Berlin Friedrichstraße, Friedrichstraße 96, 10117 Berlin (bis 22.03., kostenpflichtig)

22.3. JURISTISCHE GESELLSCHAFT ZUM GRUNDGESETZ

Vortragsveranstaltung der Juristischen Gesellschaft zu Berlin zum Thema „Das Grundgesetz: eine Verfassung für Bürgerinnen und Bürger“, unter anderem mit der Bundesverfassungsrichterin Prof. Susanne Baer. Die Veranstaltung findet im Oberverwaltungsgericht Berlin in der Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich.